



©ÖGB-Verlag/Michael Mazohl

Ass.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Susanne Auer-Mayer

**Assistenzprofessorin am Fachbereich Arbeits- und
Wirtschaftsrecht der Universität Salzburg**

Susanne Auer-Mayer ist am 13. 11. 1985 in Salzburg geboren.

Susanne Auer-Mayer studierte Rechtswissenschaften an der Paris Lodron Universität Salzburg und promovierte 2010 mit einer Dissertation zum Thema „Behinderung und Arbeits-recht“. Sie forscht und lehrt seit 2008 an der Universität Salzburg im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts. 2012 war sie fünf Monate als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Evidenzbüro des Obersten Gerichtshofs tätig. Seit März 2015 ist sie Assistenzprofessorin am Fachbereich Arbeits- und Wirtschaftsrecht der Universität Salzburg.

Susanne Auer-Mayer forscht zu verschiedenen Bereichen des Arbeits- und Sozialrechts. Ihre Schwerpunkte liegen insbesondere im Bereich der arbeits- und sozialrechtlichen Vorkehrungen zugunsten von Menschen mit Behinderungen, im Antidiskriminierungsrecht und im Sozialversicherungsrecht. Sie hat unter anderem an der 2012 veröffentlichten Evaluierung des Behindertengleichstellungsrechts mitgearbeitet.

Für nähere Informationen zu Publikationen und Vorträgen siehe auch die Forschungsdocumentation (FODOK) der Universität Salzburg.

(http://fodok.uni-salzburg.at/pls/portal/nav.show?x=&lang=158&a=1&b=mayer%-20susanne&c=2&format=full_pers&object=22700)

Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz und Behindertenanwaltschaft

– Eine Bilanz aus rechtswissenschaftlicher Perspektive

Das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz (BGStG) sowie die §§ 7a ff Behinderteneinstellungsgesetz (BEinstG) normieren für in die Regelungskompetenz des Bundes fallende Lebensbereiche einen relativ umfassenden Schutz sowohl gegen unmittelbare als auch mittelbare Diskriminierungen und Belästigungen wegen einer Behinderung. Damit wurde ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung von Diskriminierungen und Herstellung der Behindertengleichstellung gesetzt. Hinsichtlich der Möglichkeiten zur Geltendmachung einer Diskriminierung bestehen allerdings mehrere bedeutsame Einschränkungen. So stellt zum einen nicht jede Benachteiligung auch tatsächlich eine unzulässige Diskriminierung dar. Zum anderen stehen auch bei Vorliegen einer Diskriminierung nur eingeschränkte Rechtsschutzbehelfe zur Verfügung. Insbesondere fehlt es weitgehend an der Möglichkeit, eine Beseitigung oder Unterlassung der Diskriminierung zu erwirken. Auch ist die Einbringung einer Verbandsklage an enge Voraussetzungen gebunden und sind unter anderem die Befugnisse der Behindertenanwaltschaft in diesem Zusammenhang begrenzt.

Im Rahmen des Vortrags wird zunächst ein Überblick über die Vorgaben des BGStG bzw. die Antidiskriminierungsbestimmungen des BEinstG gegeben. Im Anschluss wird die Frage des Rechtsschutzes und in diesem Rahmen auch die Funktion der Behindertenanwaltschaft erörtert und die geltende Rechtslage einer kritischen Würdigung unterzogen. Die Ausführungen sollen dabei auch als Grundlage für die darauf folgenden Spezialreferate zu verschiedenen Bereichen der Behindertengleichstellung dienen.

